

Marc Trachtenberg
Marcus Klöckner

CHRONIK

EINES ANGEKÜNDIGTEN

KRIEGES

**DIE UKRAINE UND DAS
VERSAGEN DER DIPLOMATIE**

WESTEND

WESTEND

Marc Trachtenberg | Marcus Klöckner

Chronik eines angekündigten Krieges

Die Ukraine und
das Versagen der Diplomatie

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-98791-332-7

1. Auflage 2025

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 8
93051 Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung	9
<i>Marcus Klöckner</i>	
Die USA und die Zusicherungen von 1990, die NATO nicht nach Osten zu erweitern: Erhellendes zu einem alten Problem	13
<i>Marc Trachtenberg</i>	
Ostdeutschland oder Osteuropa?	18
Ein bindendes Versprechen?	40
Wurden die Sowjets absichtlich in die Irre geführt?	52
Schlussfolgerung	60
Anhang I: Worauf hat sich Gorbatschow auf dem Washingtoner Gipfel im Mai 1990 festgelegt?	65
Anhang II: Sind mündliche Zusicherungen völkerrechtlich verbindlich?	67
Anhang III: Das Problem der »doppelten Eindämmung«	70
Anhang IV: Das Vorvertragsabkommen vom November 1918 und sein Schicksal	77

Chronologie – eine deutsche Sicht	81
<i>Marcus Klöckner</i>	
2022	81
2023	124
2024	140
2025	154
Schlussbemerkung	203

Entstanden in Casa Anna

Krieg dem Kriege

*»Sie lagen vier Jahre im Schützengraben.
Zeit, große Zeit!
Sie froren und waren verlaust und haben
daheim eine Frau und zwei kleine Knaben,
weit, weit –!
Und keiner, der ihnen die Wahrheit sagt.
Und keiner, der aufzubegehren wagt.
Monat um Monat, Jahr um Jahr (...)
«*

Kurt Tucholsky

Einleitung

Marcus Klöckner

»Krieg dem Kriege« – vom Titel dieses Gedichtes des Satirikers Kurt Tucholsky bleibt die westliche Ukraine-Politik uninspiriert. Das Ergebnis ist bekannt: Seit über drei Jahren tobt der Krieg mit Hunderttausenden von getöteten, verwundeten und traumatisierten Soldaten auf beiden Seiten der Front. Die vorliegende »Chronik eines angekündigten Krieges« greift Ereignisse und Aussagen zum Krieg auf, die den Zeitraum vom Anfang 2022 bis zum Frühjahr 2025 umfassen. Anhand einer Vielzahl von Zitaten, aber auch unter Fokussierung auf nachrichtlich relevante Vorkommnisse vollzieht sich der Rekonstruktionsakt eines diplomatischen Totalausfalls. Aussage um Aussage reiht sich aneinander und viele von ihnen offenbaren, wie bereits die Sprache von Konfrontation und Bellizismus durchtränkt war – und ist. Das Resultat einer Politik, die von Frieden spricht, aber militärisch auftrumpfen will, wird immer deutlicher: Europa droht in den Abgrund des Krieges zu rutschen. Längst hat die Politik die Weichen auf eine Weise gestellt, die zu der größten Aufrüstung in der bundesdeutschen Geschichte führt. Das eklatante Versagen der Diplomatie zeigt sich Buchseite für Buchseite. Als EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine von einem »barbarischen Angriff«¹ sprach und Bundeskanzler Olaf Scholz verlautete: »Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende«², war der Grundton gesetzt, der auch von vielen anderen ranghohen Politikern des Westens mitgetragen wurde. Dieser Grundtakt einer Politik, die sagt, der russische Überfall auf

die Ukraine bedrohe »unsere gesamte Nachkriegsordnung«³, hat von Beginn an die Saat der politischen und militärischen Eskalation in sich getragen. Die Annahme, Russland verstehe nur die Sprache der harten Hand, führte zu einer dramatischen Lage. Die menschlichen Schäden, das unermessliche Leid, das aus dem sich so lange hinziehenden Krieg hervorgeht, aber auch der politische Trümmerhaufen zwischen Deutschland und Russland zeugen von einem schweren politischen Versagen. Von Anfang war für jeden nur halbwegs versierten Analysten zu erkennen, dass bei Russland die Eskalationsdominanz liegt und welcher Schluss daraus dringend zu ziehen gewesen wäre, nämlich: Alles sollte darangesetzt werden, diesen Krieg so schnell wie nur möglich politisch zu beenden.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit passierte jedoch etwas anderes. Politiker fluteten die Schlachtfelder des Krieges mit Waffen, Munition und Panzern. Gewiss: nach Worten der Politik aus bester Absicht, um dem Angegriffenen zu helfen.

Die Chronik veranschlagt in erster Linie eine deutsche Perspektive und legt so schonungslos die Grundlinien des Diskurses zum Ukraine-Krieg in der Bundesrepublik frei. Sie beinhaltet einerseits zwar auch Ereignisse, die den Ukraine-Krieg betreffen, spiegelt aber vor allem auch die Berichterstattung wider. Wenn man so will: eine Chronik der Berichterstattung. Manche Aussagen von Politikern und anderen Akteuren werden den Lesern in Erinnerung geblieben und manche vergessen worden sein. Hier finden sie sich wieder. Auch wenn die meisten bereits für sich stehend weitreichend sind: Zusammengefasst verdichten sie sich zu jenem Bild, das den politischen Irrweg, den Deutschland bis jetzt weiter beschreitet, zeigt. Diese Chronik besitzt nicht den Anspruch, umfassend zu sein. In einem begrenzten Zeitrahmen und in einem begrenzten Raum können nicht der gesamte Ukraine-Krieg und sein Verlauf samt den politischen Debatten mit ihren Verästelungen abgebildet werden. Das ist ohnehin die Aufgabe von Historikern. Die vorliegende Chronik ist als kursorisch zu verstehen, die in ihrer Selektion und Verdichtung aber, so die Hoffnung, eine eigene Aussagekraft entfaltet.

Vorangestellt ist dem Diarium ein aufschlussreicher Text des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Marc Trachtenberg, der zeigt, dass der Konflikt durchaus weitreichende Wurzeln hat. Der Politologe fokussiert in seinem Essay auf Ereignisse rund um die NATO-Osterweiterung zur Zeit, als der Eiserner Vorhang gefallen war. Haben die USA Moskau versprochen, dass die NATO sich nicht weiter gen Osten ausdehnen wird und haben sie dieses Versprechen gebrochen?

In der öffentlichen Debatte in Deutschland bleiben die Hintergründe des Krieges und die historischen Zusammenhänge eindimensional. Alles wirkt so, als hätte dieser Krieg keine weitreichende Vorgeschichte. Und wenn doch einmal tiefere Zusammenhänge in den Vordergrund der Aufmerksamkeit rücken, ist der Umgang mit ihnen von bemerkenswerter Schlichtheit geprägt. Am Ende erfolgen nahezu immer Antworten, die zum Nachteil Russlands sind. Sicher: Die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges lässt sich zwischen dem Jahr 2014 und dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 verorten. Allerdings dürfen für eine fundierte historische und politische Einordnung des Krieges die Ereignisse ab der Zeit 1989/1990 nicht ignoriert werden. Die geostrategischen und tiefenpolitischen Interessen der USA und Russlands, die Weichenstellungen, Dynamiken und Befindlichkeiten im Zuge der NATO-Osterweiterung hallen bis in die heutige Zeit nach. Auf der einen Seite steht Russland. Ein Land mit eigenen sicherheitspolitischen Interessen. Auf der anderen Seite stehen die USA, steht Europa, steht die NATO, die ebenfalls eigene Interessen verfolgen. Trachtenberg nimmt uns mit zurück in eine Zeit, in der die Ursachen für die heutigen Zerwürfnisse zwischen Russland und dem Westen liegen.

»Zu diesem Zweck erweckten die US-Regierungschefs bei den Sowjets absichtlich den Eindruck, dass sie auf deren Sicherheitsinteressen Rücksicht nehmen würden, doch dies aus rein taktischen Erwägungen. Das eigentliche Ziel bestand darin, »sich die sowjetische Duldung zu sichern« – die Sowjets dazu zu bringen, das, was die Amerikaner in Europa tun wollten, mitzutragen«, heißt es in Trachtenbergs Text.

Der Politikwissenschaftler zitiert auch Aussagen des ehemaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Der FDP-Politiker traf sich am 2. Februar 1990 mit seinem US-Kollegen James Baker. Trachtenberg schreibt: »Aus dem offiziellen Protokoll des US-Außenministeriums über die Pressekonferenz geht eindeutig hervor, dass aus Genschers Sicht die Zusage der Nichterweiterung der NATO nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Osteuropa gelten sollte.« »GENSCHER: Vielleicht darf ich hinzufügen, wir waren uns völlig einig, dass es keine Absicht gibt, das NATO-Verteidigungs- und Sicherheitsgebiet nach Osten auszudehnen. *Das gilt nicht nur für die DDR, die wir uns nicht einfach einverleiben wollen, sondern das gilt ebenfalls für alle anderen Staaten im Osten* [Hervorhebung Verlag]. (...) Ich denke, es ist Teil dieser Stabilitätspartnerschaft, die wir dem Osten anbieten können, dass wir klar und deutlich machen, dass, was auch immer innerhalb des Warschauer Paktes geschieht, auf unserer Seite keine Absicht besteht, unser Verteidigungsgebiet – das Gebiet der NATO – nach Osten auszu-dehnen.«⁴

Trachtenberg führt weiter aus: »Und das ist noch nicht alles. Man kann sich sogar einen Ausschnitt aus einer Videoaufzeichnung der Pressekonferenz ansehen, der Genschers Ausführungen enthält.«

Demnach wurde gesagt: »Wir [gemeint sind er und Baker] waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt im Übrigen *nicht nur für die DDR, die wir da nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell.* – [Hervorhebung Verlag].«

Baker, so merkt Trachtenberg an, stand bei diesen Worten an Genschers Seite.

Die USA und die Zusicherungen von 1990, die NATO nicht nach Osten zu erweitern: Erhellendes zu einem alten Problem

Marc Trachtenberg

Mehr als dreißig Jahre sind vergangen, seit US-Außenminister James Baker dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow im Februar 1990 versicherte, dass der Zuständigkeitsbereich der NATO »keinen Zentimeter nach Osten« ausgedehnt würde, wenn Deutschland nach der Wiedervereinigung Teil der Nordatlantikpakt-Organisation und die Vereinigten Staaten in diesem Land »präsent« blieben.¹ Später wurde das NATO-Gebiet natürlich nicht nur auf die ehemaligen Verbündeten der UdSSR in Osteuropa, sondern auch auf einige ehemalige Sowjetrepubliken ausgedehnt, und viele Russen behaupten, dass die NATO-Mächte mit der Aufnahme dieser neuen Mitglieder gerade die Versprechen gebrochen hätten, die Baker und andere hohe westliche Beamte am Ende des Kalten Krieges abgegeben hatten.² Die Amerikaner hatten, wie 2008 Gorbatschow selbst klar gesagt hat, »versprochen, dass die NATO nach dem Kalten Krieg sich nicht über die Grenzen Deutschlands hinausbewegen würde, aber jetzt ist halb Mittel- und Osteuropa Mitglied, was ist also aus ihren Versprechen geworden? Das zeigt, dass man ihnen nicht trauen kann.«³

Was ist von diesen Anschuldigungen zu halten?

Jack Matlock, der US-Botschafter in Moskau im Jahr 1990, war der Ansicht, dass die Russen in diesem Fall Recht hätten. Seiner Ansicht nach hatte man Gorbatschow »grundsätzliche Zusicherungen« gegeben, dass, »wenn ein vereinigtes Deutschland in der NATO bleiben könnte, sich die NATO nicht nach Osten bewegen würde«.⁴

Robert Gates, der damalige stellvertretende nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, vertrat ebenfalls die Ansicht, »Gorbatschow und andere« seien »zu der Annahme verleitet« worden, dass eine »NATO-Osterweiterung« nicht stattfinden würde, »zumindest nicht in absehbarer Zeit«. ⁵ Und eine Reihe von Wissenschaftlern ist zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen.

Der US-Politikwissenschaftler Joshua Shiffrinon versuchte in einem wichtigen Artikel, der 2016 in der vom Massachusetts Institute of Technology herausgegebenen Zeitschrift *International Security* veröffentlicht wurde, zu zeigen, dass »die russischen Behauptungen eines »gebrochenen Versprechens« in Bezug auf die NATO-Erweiterung berechtigt sind« – dass nämlich »während der diplomatischen Verhandlungen rund um die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion wiederholt informelle Zusicherungen gegen eine künftige Expansion der NATO nach Osteuropa unterbreitet haben«. ⁶

Swetlana Sawranskaja und Tom Blanton verwiesen unter Bezug auf ein viel zitiertes elektronisches Briefing-Book, das vom *National Security Archive* 2017 ins Internet gestellt wurde, auf eine »Kaskade von Zusicherungen«, die den Sowjets 1990 gegeben worden seien, und kamen zu dem Schluss, dass »spätere sowjetische und russische Beschwerden darüber, dass man in Bezug auf die NATO-Erweiterung in die Irre geführt wurde«, von den Beweisen gestützt würden. ⁷

Und Mary Sarotte, Autorin einer Reihe von wichtigen Büchern und einschlägigen Artikeln, die sich mit diesen Fragen befassen, stimmt dem zumindest zur Hälfte zu. Sie hat nämlich die Darstellung ausdrücklich zurückgewiesen, dass die damaligen Zusicherungen von US-Außenminister James Baker, dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher gegenüber den sowjetischen Führern, die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen, nicht für Osteuropa gegolten, sondern sich lediglich auf Ostdeutschland bezogen hätten. »Bei ihrem Besuch in Moskau im Februar 1990«, so

Sarotte, »haben alle drei wiederholt bekräftigt, dass sich die NATO überhaupt nicht nach Osten bewegen würde.«⁸ Ich schreibe aber zugleich »zur Hälfte zustimmend«, weil Mary Sarotte der Meinung ist, dass diese Beteuerungen kein Versprechen darstellten, da sie nie schriftlich bestätigt worden seien: Gorbatschow, schreibt sie, »hat den Westen nie dazu gebracht, zu versprechen, die Grenzen der NATO einzufrieren«.⁹ Dennoch glaubt sie, dass man den Russen nicht wirklich vorwerfen könne, dass sie gedacht hätten, es sei ein Versprechen darüber abgegeben worden.¹⁰

Die meisten westlichen Akademiker und ehemaligen Beamten waren jedoch nicht bereit, so weit zu gehen. Baker selbst beharrte 1997 etwa darauf, dass er »nie die Absicht gehabt habe, die Aufnahme neuer NATO-Mitglieder auszuschließen«, dass »der Vorschlag zum Zuständigkeitsbereich der NATO sich nur auf das Gebiet der ehemaligen DDR bezogen habe« und dass selbst dieser Vorschlag »rasch zurückgezogen worden sei«.¹¹ In einem Interview mit CNN im Jahr 2009 legte Baker dar, was in dieser Hinsicht inzwischen zur US-amerikanischen Standardsichtweise bezüglich der »Frage der Erweiterung der NATO« geworden war: »Wissen Sie, es gab eine Diskussion darüber, ob das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO sein würde, und das war die einzige Diskussion, die wir je hatten. Und die Sowjets unterzeichneten einen Vertrag, in dem sie anerkannten, dass das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO sein würde. Ich verstehe also nicht, wie sie auf die Idee kommen können, dass wir ihnen irgendwie versprochen haben, dass es keine Erweiterung der NATO geben würde. Es war dabei nie die Rede von etwas anderem als der DDR.«¹²

Viele andere ehemalige Beamte teilen diese Ansicht. Philip Zelikow, der sich 1990 im Stab des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) der USA mit diesen Fragen befasst hatte, und Rodric Braithwaite, der damalige britische Botschafter in Moskau, sind gute Beispiele dafür, und eine Reihe ehemaliger deutscher Beamter, darunter auch Genscher selbst, äußerten später ähnliche Ansichten.¹³ Sogar Jack Matlock, der frühere US-Botschafter in der UdSSR, hat bei einigen Gelegenheiten gesagt, dass sowohl Baker als auch Genscher